

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV/Piraten:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglied BASU-Fraktion:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Fachbereichsleiterin Heike Hanseemann (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Betriebsleiter Carl-Martin Köhler (RNK)

Protokollführung:

Protokollführer Jan Hülsemann (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.03.2012
- 4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
 - 4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des §111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **91/2012**
- 5 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung
- 6 Vorlagen an den Rat:
 - 6.1 Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten auf Änderung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) **513/2012**
 - 6.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2012 **123/2012**
 - 6.3 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Reinhard-Nieter-Krankenhaus - Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven-" **44/2012**
 - 6.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema "Tagungsort für Klausurberatungen" **512/2012**
- 7 Mitteilungen und Anfragen:
 - 7.1 Investitionsmittel für die berufsbildenden Schulen
 - 7.2 Steuerentwicklung 2012
 - 7.3 Informationen über den Tarifabschluss

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, gab bekannt, dass aus terminlichen Gründen der Tagesordnungspunkt 6 „Angelegenheiten der Rechnungsprüfung“ nun als Punkt 5 geführt werden soll. Entsprechend würde der Tagesordnungspunkt „Vorlagen an den Rat“ mit seinen Unterpunkten als Punkt 6 geführt.

Gegen die Änderung der Tagesordnung gab es keine Einwände.

Die geänderte Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 19.03.2012 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:

4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des §111 Abs. 7 NKomVG **91/2012** durch den Verwaltungsausschuss

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage sowie die Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Frau Karin Schröder, Adalbertstr. 2, 26386 Wilhelmshaven	255,00 €	Spende einer Sommerlinde für ein Wilhelmshavener Kind
2. August-Desenz- Drehorgel-Stiftung Herr Reimar Thomas, Marco-Polo-Str. 7, 26389 Wilhelmshaven	400,00 €	Musikanlage für Schulauufführungen an der GS Sengwarden
3. JA-WIR-Stiftungen, Herr Dr. Jens Rütters, Mühlenstr. 31-35, 26441 Jever	500,00 €	Aufbau und Erweiterung der Schulbibliothek der GS Rüstersiel
4. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft eG	500,00 €	Malerarbeiten an der Musikmuschel im Kurpark

5 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, erteilte Frau Hanseemann das Wort.

Frau Hanseemann, die neue Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, erläuterte ihren beruflichen Werdegang bei der Stadt Wilhelmshaven und gab erste Eindrücke bekannt, die sie in ihrer neuen Funktion gewonnen habe.

Eine Änderung der Rechnungsprüfungsordnung, wie sie die Gruppe Grüne/WBV/Piraten in ihrem Antrag (5013/2012) fordere, so **Frau Hanseemann**, sei durchaus im Sinne des Rechnungsprüfungsamtes. Sinnvoll sei jedoch eine generelle Überarbeitung der Rechnungsprüfungsordnung.

Auf Nachfrage von **Herrn Biehl** gab **Herr Oberbürgermeister Wagner** bekannt, dass die Verwaltung für die Sitzung im Juli einen ersten Entwurf einer Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung vorbereite.

6 Vorlagen an den Rat:

6.1 Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten auf Änderung der 513/2012 Rechnungsprüfungsordnung (RPO)

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, rief den Antrag der Gruppe Grüne/WBV/Piraten auf und bat um Einbringung des Antrags sowie um Wortmeldungen.

Vor dem Hintergrund der Aussage des Oberbürgermeisters, dem Ausschuss für Juli einen Entwurf einer überarbeiteten Fassung der Rechnungsprüfungsordnung vorzulegen, zog **Herr Biehl** den Antrag zurück.

6.2 Nachbewilligung zum Haushalt 2012

123/2012

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage sowie die Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Auf Nachfrage von **Herrn Veh** erklärte **Herr Valnion** die Höhe der Nachbewilligung. Der Gesamtförderzuschuss aus Städtebauförderungsmitteln beträgt 526 T€. Hiervon sollen von der Stadt 50 % (263 T€) in 2012 und 50 % (263 T€) in 2013 ausgezahlt werden. Für die Auszahlung 2012 wird die vorliegende Nachbewilligung benötigt.

Die Refinanzierung des Gesamtförderzuschusses (526 T€) erfolgt zu 2/3 (350,6 T€) durch das Land und durch den Bund. Die Stadt hat somit effektiv nur 1/3 (175,3 T€) des Gesamtzuschusses zu tragen. Die Erstattung von Bund und Land wird in 2013 erwartet, sodass die Stadt für die Auszahlung des Zuschusses in 2012 zunächst in Vorleistung treten muss.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2012.

6.3 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes "Reinhard-Nieter-Krankenhaus -Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven-" 44/2012

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage sowie die Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl erklärte, dass in der Vorberatung des Betriebsausschusses Krankenhaus ein Ergänzungsvorschlag beschlossen wurde. Der § 4 Abs. 2 der geänderten Eigenbetriebssatzung soll hiernach entsprechend ergänzt werden:

„Der Betriebsausschuss besteht aus 6 vom Rat gewählten Mitgliedern und 3 stimmberechtigten Vertretern / Vertreterinnen der Beschäftigten, **von denen ein Vertreter / eine Vertreterin der Beschäftigten extern sein darf.**“

Herr Stoffers erläuterte, dass man die Regelung über die drei stimmberechtigten Vertreter/Vertreterinnen bewusst offen formuliert habe. Nach dem Formulierungsvorschlag der Verwaltung sei es sogar möglich, dass drei der Vertreter / Vertreterinnen extern sein können. Der Ergänzungsvorschlag sei daher nicht notwendig.

Herr Oberbürgermeister Wagner unterstütze die Aussage von Herrn Stoffers, der Vorschlag der Verwaltung beinhalte eine Regelung im Sinne der Mitarbeiter / Mitarbeiterinnen. Der Änderungsvorschlag stelle eine Beschränkung der Regelung dar.

Auf Nachfrage von **Herrn Debring** erklärte **Herr Köhler** das Verhältnis zwischen dem Eigenbetrieb „Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven - und der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH.

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, stellte den Ergänzungsvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die als Anlage beigefügte Eigenbetriebssatzung wird in der vorliegenden Form beschlossen.

6.4 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und SPD zum Thema 512/2012
"Tagungsort für Klausurberatungen"

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, rief den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU und SPD auf und bat um Einbringung des Antrags sowie um Wortmeldungen. **Herr Föhlinger** trug den Antrag nebst Begründung vor und ergänzte den Antrag um folgenden dritten Punkt:

„Die Mehrkosten für die Verwaltung tragen die auswärts tagenden Fraktionen.“

An der anschließenden Diskussion über die Notwendigkeit und den Hintergrund des Antrags beteiligten sich **Frau Breuer** sowie die **Herren Föhlinger, Debring, Biehl, Becker, Tjaden, Walpurgis** und **Hellwig**.

Aus Sicht der Verwaltung, so **Herr Stoffers**, sei es vorteilhaft, wenn sich die Fraktionen und Gruppen im Rat bezüglich der Tagungsorte untereinander abstimmen würden. Aus organisatorischer Sicht sei es für die Verwaltung nur möglich an zwei Tagungsorten zu informieren. Daher sei zu befürworten, wenn sich, neben dem Tagungsort der CDU und SPD, in Wilhelmshaven nur ein Tagungsort befinden würde.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(*Gegenstimmen der Gruppe Grüne/WBV/Piraten, der BASU-Fraktion, der UWG WHV-Fraktion*)

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Der Ratsbeschluss zum Antrag 005-06 der BASU vom 01.11.2006 wird aufgehoben
2. Die Klausurberatungen zum städtischen Haushalt können sowohl in Wilhelmshaven als auch auswärts an einem Ort bis max. 80 Kilometer Entfernung von Wilhelmshaven stattfinden.

7 Mitteilungen und Anfragen:

7.1 Investitionsmittel für die berufsbildenden Schulen

Auf Nachfrage von **Herrn Barkowsky** stellte **Herr Valnion** klar, dass für Investitionen bei den berufsbildenden Schulen für 2012 Mittel in Höhe von 850 T€ zur Verfügung ständen. Hierbei handele es sich um Restmittel aus den Vorjahren. Laut Aussage der Schulverwaltung seien diese Mittel aus aktueller Sicht bis zum Herbst auskömmlich.

7.2 Steuerentwicklung 2012

Herr Stoffers gab bekannt, dass man zurzeit noch nicht abschätzen könne, inwieweit sich die aktuelle Prognose des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ auf die Stadt Wilhelmshaven auswirke. Sobald die regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung vorliegen, könne man genauere Aussagen über die Auswirkungen für die Stadt treffen. Eine Information hierzu werde voraussichtlich im Juni erfolgen.

Hinsichtlich des Anteils an der Einkommensteuer lasse sich für das erste Quartal ein Mehrertrag in Höhe von 0,6 Mio. € feststellen. Bei der Gewerbesteuer hingegen, so **Herr Stoffers**, sei es fragwürdig, ob das geplante Ergebnis für 2012 (23,4 Mio. €) erreicht werde. Aktuell seien 18 Mio. € angeordnet.

7.3 Informationen über den Tarifabschluss

Herr Stoffers informierte über die aktuellen Auswirkungen des Tarifabschlusses auf den Haushalt.

Die Steigerung für 2012 betrage 985 T€ (3,5 % ab 01.03.2012). Hiervon seien 479 T€ im Haushalt 2012 eingeplant. Somit ergebe sich eine Differenz in Höhe von 506 T€.

Für 2013 betrage die Steigerung 1.869 T€ (je 1,4 % ab 01.01.2013 und ab 01.08.2013). Hiervon seien 916 T€ im Haushalt für 2013 eingeplant. Somit ergebe sich eine Differenz in Höhe von 953 T€.

Für 2012 sei daher im Laufe des Jahres eine Nachbewilligung erforderlich.

Weiterhin berichtete **Herr Stoffers** über die sogenannten „Lüneburgstunden“ bei der Feuerwehr. Hier habe man eine erste Tranche (50 %) in Höhe von 360 T€ ausgezahlt. Da man hierfür im Haushalt eine Rückstellung in Höhe von 800 T€ eingestellt habe, führe die Auszahlung zu keinen Mehraufwendungen in 2012.

Auf Nachfrage von **Herrn Tjaden** erläuterte **Herr Dr. Graul**, dass die Eröffnung des JadeWeserPorts keinen zusätzlichen Personalbedarf bei der Feuerwehr auslöse.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:10 Uhr

Stoffers
Erster Stadtrat

Breuer
Vorsitzende

Hülsemann
Protokollführer